

Pressemitteilung

Gießen, 29.10.20

Erwerbslosigkeit in der Corona-Krise – Hoffnung auf Perspektive schwindet – Hartz IV Satz zementiert Armut

Die nun seit über einem halben Jahr andauernde Pandemie trifft die ärmsten Bevölkerungsschichten besonders hart. Sowohl finanziell als auch persönlich und psychisch hat die Corona-Krise für viele weitreichende Folgen. Denn wer nicht in stabilen und gesicherten Lebensverhältnissen lebt, sondern ohnehin schon in einer belastenden Lebenssituation, den trifft eine solche gesamtgesellschaftliche Krise wie diese um so härter.

Versorgungsengpässe und der Wegfall von Hilfsangeboten haben die finanzielle Situation für viele Hartz IV Empfänger*innen verschärft. Hildegard K., 62-jährige Frührentnerin mit Grundversicherung berichtet: "Die billigen Lebensmittel sind zuerst weg, die teuren, die ich mir nicht leisten kann, sind meist noch länger in den Regalen. Ich habe echt Angst, dass es wieder zu Hamsterkäufen kommt."

„Foodsharing hat mir immer geholfen, das gibt es jetzt ja nicht mehr. Und die Tafel hatte auch zu. Wir zahlen 80 € mehr für unsere Wohnung. Das Mittagessen in der Schule ist auch erst einmal weggefallen. Wir sind auf diese Angebote angewiesen.“ (Erol G., 39 Jahre)

Zusätzliche Kosten sind eine große Belastung

Und in vielen weiteren Bereichen haben Erwerbslose seit Beginn der Pandemie einen höheren Bedarf, wie Frieda S., 46 Jahre, berichtet: „Für Gesundheitspflege sind 16,42 € vorgesehen. Das ist im Normalfall schon wenig. Aber die jetzt mit Corona nötige Hygiene wie Schutzmasken und Desinfektion kann ich davon nicht bezahlen.“

"Um überhaupt mit der Welt in Verbindung zu bleiben, habe ich in Technik investieren müssen. Also Computerausrüstung, Internetanschluss, Webcam. Insgesamt über 500 €. Das hatte ich vorher zurückgelegt für Notfälle, das ist jetzt weg." (Heinrich P., 59 Jahre)

"Auf was andere Leute in der Coronakrise verzichten, wie zum Beispiel Urlaub, Kino oder Festivals, darauf verzichten wir ohnehin meistens. Wir können da also nichts einsparen, was die Teuerungen und zusätzlichen Belastungen ausgleichen würde." (Susanna T., 42 Jahre)

Viele Zuverdienstmöglichkeiten sind weggefallen

Bundesweit sind zwischen März und Juni 837.000 Minijobs gestrichen worden. Allein im Gastgewerbe ist jeder dritte Minijob weggefallen (DER SPIEGEL 01.10.2020). Anders als sozialversicherungspflichtige Beschäftigte können Minijobber nicht in Kurzarbeit gehen und erwerben aus ihrer Tätigkeit keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Falls sie nicht eine anderweitige Absicherung haben, müssen sie direkt Hartz IV beantragen.

Laut rp-online arbeiteten 2019 rund 475.000 Menschen lediglich in einem Minijob und waren gleichzeitig auf Hartz IV als Ergänzung angewiesen (19.04.2019). Für viele von ihnen ist dieser Zuverdienst durch Corona weggebrochen. Das Geld, das die meisten dringend brauchen, zum Beispiel um Schulden, Raten oder Mehrkosten bei der Miete abzudecken, fehlt nun. So wie Sigrid S., 24

Jahre, die nach langer Suche endlich einen Job bei einer Zeitarbeitsfirma gefunden hatte: "Es war nur ein 450-€-Job, aber ich war froh und dachte, daraus könnte auch mehr werden. Dann wurden wir aber wegen Corona alle gekündigt. Und seitdem habe ich auch trotz intensiver Suche nichts mehr finden können."

Weniger Möglichkeiten sozialer Teilhabe

Viele Gruppen- und Treffangebote sind während der Pandemie weggebrochen. Während ein Großteil der Beratungsangebote telefonisch aufrecht erhalten wurde, waren Angebote der Begegnung oft länger geschlossen. Gerade Menschen, die allein leben und auf persönliche Kontakte angewiesen sind, machte dies oft zu schaffen. Wilhelm M., 59 Jahre erlebte dies als großen Einschnitt: "Schlimm war vor allem für mich, dass die Termine, die ich regelmäßig besucht habe, weggefallen sind. Ersatzlos. Das betraf zum Beispiel die Arbeitsloseninitiative, Café Kunterbunt von Caritas, auch von der Linkspartei gabs keine Termine, weil sie den Raum nicht benutzen durften."

„Die für mich wichtigste soziale Anlaufstelle hatte bis September geschlossen, und mir fehlte diese Gruppe und dieses Treffen mit Menschen wirklich sehr. Ich habe mich oft sehr einsam gefühlt. Nachdem Treffen wieder möglich waren, ging es mir dann wieder besser. Natürlich habe ich jetzt Angst, dass es wieder geschlossen wird und ich dann wieder in so ein tiefes Loch fallen würde.“ (Eva S., 54 Jahre)

Auch viele vorher frei zugänglichen Dienstleistungen wie zum Beispiel Schwimmbäder erfordern seit Corona eine Anmeldung im Internet und Bezahlung mit Kreditkarte. Für so manche Erwerbslose und Grundsicherungsempfänger*innen wie Elisabeth K., 68 Jahre, machte dies die Nutzung unmöglich: „Ich wäre gerne mal schwimmen gegangen, aber das ging nur über Internet und Kreditkarte. Die einzige andere Möglichkeit wäre eine Dauerkarte, aber die konnte ich mir nicht leisten."

Einsamkeit verstärkt Belastungen und psychische Probleme

Für Erwerbslose, die von chronischen Krankheiten und gesundheitlichen Problemen betroffen sind, verschärft sich die Situation zusätzlich. Manche von ihnen, wie Paul Hermann V., 53 Jahre, leben seit einem halben Jahr praktisch in Isolation: „Ich gehöre zu einer Risikogruppe. Seit einem halben Jahr bin ich nun die ganze Zeit allein. Ich gehe nur Einkaufen und zur Krankengymnastik. Ab und zu sehe ich im Hausflur meinen Nachbarn.“

Durch die anhaltende Krisensituation werden psychische Problemlagen wie Depressionen, Angst- und Zwangsstörungen verstärkt. Auch hier trifft es oft die allein lebenden Menschen mit wenig Ressourcen wie Elisabeth K. härter: „Ich habe Angst, dass das noch jahrelang so geht und ich immer mehr darunter leiden werde, denn ich brauche einfach Menschen und persönliche Kontakte. Ich merke, dass meine Depression, die ich eigentlich schon länger überwunden habe, nun wieder auftritt. Ich halte diese dauerhafte Belastung, Angst und Einschränkung nicht mehr so lange aus.“

„Ich bin nicht mehr der selbe wie vorher, aber ich habe einigermaßen durchgehalten, letztendlich war ich immer politisch aktiv. Ich sehe aber auch, wie viele Leute immer mehr abbauen, durch Corona ist das noch schlimmer geworden. Viele haben große psychische Probleme.“ (Heinrich P.)

Arbeitsloseninitiative bietet Beratung und Treffangebote an

In der Arbeitsloseninitiative sind seit Mai wieder Beschäftigungsprojekte, Beratung und Begegnungsangebote möglich, die Einhaltung eines Hygienekonzeptes bedeutet bei den Angeboten nur mit Anmeldung und begrenzter Personenzahl. Viele sind froh um diese Angebote wie Frauke T., 29 Jahre: "Dass man bei Problemen einfach vorbeischauchen konnte und spontan und unbürokratisch Unterstützung bekommen konnte, geht nun leider nicht mehr. Aber ich bin sehr froh, dass ich überhaupt wieder kommen und zum Beispiel die Computer nutzen kann."

Die Angst vor erneuten Schließungen und der Zukunft ist groß

Nachdem nun einige Angebote wieder aufgebaut wurden, drohen nun mit einer zweiten Welle erneut Schließungen und Einschränkungen. Das verstärkt Angst und Verunsicherungen in vieler Hinsicht. Viele befürchten, wieder wochenlang allein zu Hause zu sitzen. Ihre eigenen Zukunftsaussichten schätzen die meisten nach einem halben Jahr mit Corona immer pessimistischer ein, wie Timo D., 34 Jahre, der als Langzeitarbeitsloser Angst, hat "dass es durch Corona noch schwerer wird, einen Job zu finden, da durch die Corona-Krise mehr Leute arbeitslos sind und die Konkurrenz um freie Stellen noch größer geworden ist."

Die Zahl der Bedürftigen wächst – finanzielle Soforthilfen sind nötig

Gleichzeitig sind durch die Coronakrise vermehrt Menschen auf staatliche Unterstützung und letztenendes auch auf Hartz IV angewiesen. Die Arbeitsagentur vermeldet in Hessen durch Corona eine Erhöhung der Arbeitslosenquote um 1,5 % (Pressemitteilung vom 10.09.20). Von März bis August 2020 gingen bei den hessischen Arbeitsagenturen zusätzlich rund 67.000 Kurzarbeit-Anzeigen für knapp 912.000 Personen ein. Sollte sich der Arbeitsmarkt nicht erholen, werden viele dieser Betroffenen spätestens in naher Zukunft auf Hartz IV angewiesen sein. Liegt das Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld I unter dem Hartz IV Satz, sind Betroffene heute schon auf ergänzende Leistungen angewiesen.

Finanzielle Soforthilfen und die Beendigung aller Sanktionen und Leistungskürzungen, wie sie Wohlfahrtsverbände bereits im Frühjahr forderten, sind kurzfristig in der Coronakrise dringend notwendig, um finanzielle Notlagen abzumildern.

Hartz IV Satz zementiert Armut

Aber auch langfristig ist "Hartz IV" zu wenig zu Leben. Eine kurzfristige Notlage kann damit vielleicht noch gut überbrückt werden, wer über Jahre nur diesen Satz zur Verfügung hat, dem fehlt es bald am Notwendigsten. So sind im Hartz IV Satz zum Beispiel gerade mal 1,12 € für Bildung vorgesehen. Marie L., 27 Jahre fragt sich: „Welche Bildung bekomme ich für 1,12€ im Monat?“

„Das ist gerade mal eine halbe Zeitung! Ich wollte einen VHS Kurs machen, um mein Englisch aufzubessern. Aber ich kann es mir nicht leisten.“ (Frauke T.)

Wer sich nicht weiterbilden kann und kein Geld für soziale Teilhabe und Gesundheitsvorsorge hat, wird immer mehr vom Rest der Gesellschaft und möglichen Zukunftsperspektiven abgehängt. Der Hartz IV Satz zementiert Armut, anstatt Wege aus der Armut zu ermöglichen. Ein unerwarteter zusätzlicher Bedarf wird sofort zur Notlage, wie bei Hildegard K.: "Bei mir sind jetzt Waschmaschine, Kühlschrank und Staubsauger kurz hintereinander kaputt gegangen. Ich hatte ein bisschen was angespart, aber drei Geräte kann ich mir davon nicht leisten."

Ähnlich ist es mit Ausgaben im Gesundheitsbereich. Isabell F., 39 Jahre berichtet: "Eine Brille wird nicht übernommen, von keinem. Bei meinen Werten muss ich mindestens 300 € zuzahlen. Ich muss echt lange auf eine neue sparen aber dann darf auch nichts anderes passieren."

Langfristig zeigt die Corona-Krise aber auch die Notwendigkeit von dauerhafter finanzieller Absicherung nicht nur für Langzeiterwerbslose, sondern auch für Geringverdiener*innen, Solo-Selbstständige und Kleinunternehmer*innen und Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Die Bundesregierung solle per Gesetz dafür sorgen, dass Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umgewandelt werden. Erforderlich wäre außerdem eine Erhöhung des Grundsicherungssatzes auf das tatsächliche Existenzminimum – nach Berechnungen des Paritätischen mindestens um mindestens 150 € – (Pressemeldung vom 22.07.2020) oder sogar ein bundesweites bedingungsloses Grundeinkommen, das allen Menschen dauerhaft eine sichere und menschenwürdige Existenz bietet.

Weitere Informationen und Video der Aktion „Hartz IV zementiert Armut“ auf www.ali-giessen.de